

Motion

Näf-Piera, Muri (SP)

Keine Kapazitätssteigerung der Hochleistungsstrassen ohne Rücksicht auf die Wohnbevölkerung

In Bezug auf die zukünftige Verkehrsführung der Hochleistungsstrassen in der Region Bern setzt sich der Kanton Bern bei den zuständigen Bundesbehörden für Varianten ein, welche die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigen. Insbesondere müssen Streckenabschnitte der A6 in Wohngebieten durch Tunnels führen oder überdeckt werden.

Begründung:

Im Rahmen der Zweckmässigkeitsbeurteilung des Agglomerationsprogramms der Region Bern wird eine Verkehrsführungsvariante der A6 favorisiert, welche einerseits eine Kapazitätssteigerung bewirken soll und andererseits angrenzende Wohnquartiere zusätzlich belasten wird (6 statt 4 Spuren). Der Ausbau wird die Anwohnerinnen und Anwohnern nordwestlich und süd-östlich des geplanten Bypass-Tunnels (Ostring) mit noch stärkeren Emissionen belasten.

Eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik bezieht die Bedürfnisse in Bezug auf Mobilität zwar in Betracht, aber im Vordergrund steht die Umlagerung auf umweltverträgliche Verkehrsmittel. Die Verkehrsprobleme in der Region Bern sind weitgehend hausgemacht. Nur 20–30 Prozent des motorisierten Privatverkehrs sind Transitverkehr, der überwiegende Teil ist Ziel-Quellverkehr aus dem Umland. Hier sind die Handlungsmöglichkeiten der regionalen Behörden am grössten und müssen vor einer Milliarden-Investition in Autobahnen ausgeschöpft werden. Bei der Planung entsprechender Massnahmen können die kantonalen Behörden Gemeinden und Regionalbehörden wirkungsvoll unterstützen.

Es geht auch darum Fehler nicht zu wiederholen, die bei der Planung der Schweizer Hochleistungsstrassen begangen wurden: Der Schutz der Menschen vor den Emissionen des Individualverkehrs ist als entscheidendes Kriterium bei der Wahl von Projektvarianten einzubeziehen.

Es besteht eine formale Notwendigkeit, die vorliegende Motion **dringlich** zu behandeln, da der Kanton Bern im Rahmen der Zweckmässigkeitsbeurteilung schon bald zu den vorliegenden Verkehrsführungsvarianten Stellung nehmen muss.

August 2008